



2 Haushalt 2024: Das sind die Schwerpunkte der Fraktion DIE LINKE

7 Für faire Landwirtschaft: An der Seite der Bauern, gegen rechtes Infiltrieren der Proteste

11 Flughafen mit Potenzial: Arbeitskreisbesuch beim Flughafen ERF

Stimme für Gerechtigkeit

Die Proteste von Bäuerinnen/Bauern und Landwirtinnen/Landwirte finden eine große Akzeptanz und Zustimmung. Die Ablehnung der Bundesregierung als gesellschaftliche Stimmung und das Aufbegehren gegen „die da oben“ mobilisiert eine Vielzahl von Unterstützer:innen, unter ihnen auch Rechtsextreme und Reichsbürger, die vom Umsturz träumen. Parteien solidarisieren sich mit den Protesten, auch die – wie die CDU und AfD – im Bundestag den Subventionskürzungen zugestimmt hatten. Andere, die wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft darüber diskutieren, dass Landwirtinnen und Landwirte über die Preise für ihre Erzeugnisse von ihrer Arbeit leben können müssen werden nur am Rande gehört. Anstatt von Subventionen abhängig zu sein und deshalb eine grundlegende Neuausrichtung der Agrarpolitik fordern. Im Mittelpunkt steht der Protest gegen die „Ampel-Entscheidung“. Die musste Entscheidungen treffen, wie der Wegfall von 60 Milliarden Euro im Bundeshaushalt infolge des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Sondervermögen kompensiert werden soll. Bäuerinnen/Bauern und Landwirtinnen/Landwirte sollten nach dem Willen der Bundesregierung im Vergleich 60 läppische 0,92 Milliarden durch Streichung des Agrardiesels und der Kfz-Steuerbefreiung beitragen. Hingegen hat es die Bundesregierung unterlassen, unverschämte hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften so zu besteuern, dass gesellschaftliche Lasten gerecht, also nach Leistungsfähigkeit, verteilt werden. Mit der Entscheidung über den Subventionsabbau in der Landwirtschaft zeigt die Bundesregierung, welche Einkommens- und Berufsgruppen nach ihrem Verständnis stärker und welche weniger belastet werden sollen, um gesellschaftliche Aufgaben wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Infrastruktur und Energieinvestitionen in die Zukunft, auf die alle gleichermaßen angewiesen sind, zu finanzieren. Die darin liegende Ungerechtigkeit empört viele zu Recht.

Eine starke Stimme für Gerechtigkeit ist zwingend notwendig. Eine, die sich aber nicht nur instrumentalisierend auf die Seite des Protestes stellt, sondern für Gerechtigkeit ebenso glaubwürdig an anderer Stelle eintritt, beispielsweise wenn es um das Schließen von Steuerschlupflöchern und Besteuerung von Superreichen, gerechte Löhne und um eine diskriminierungsfreie Grundsicherung für Menschen geht.

Steffen Dittes, Vorstandsvorsitzender





„Wir sind unserer Verantwortung
für Thüringen gerecht
geworden“

Ronald Hande,
stellvertr. Fraktionsvorsitzender, Haushalts- und
finanzpolitischer Sprecher

Haushalt 2024

Unter schwierigen Bedingungen haben LINKE, SPD und Grüne auch für das Jahr 2024 einen Landeshaushalt ausgehandelt. Für die Arbeit der sozialen Infrastruktur, der Vereine und Verbände sowie der Kommunen und Unternehmen enthält dieser viel wichtige Unterstützung. Aber es wird immer deutlicher, dass ein Haushalt mit eigener Mehrheit im Landtag anders aussehen würde: Thüringen muss den sozialökologischen Umbau mit noch größeren Schritten verfolgen. Ebenso wird uns der demografische Wandel vor immer mehr Herausforderungen stellen. Und gerade der Erhalt unseres demokratischen Miteinanders verlangt Unterstützung. Um diese Herausforderungen für eine gerechte und solidarische Zukunft meistern zu können, kämpfen wir auch im Jahr 2024 weiter.

Thüringen überall gleich gut

1. Sicherung des Deutschlandtickets und Investitionen in die Straßen
2. 39 Millionen Euro für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus

Gleichwertige Bildungschancen, unabhängig von Herkunft

1. Seiteneinsteigerprogramme zur Lehrer:innengewinnung
2. 600 Millionen für Schulgebäude und Ausstattung

Ein Thüringen für alle Generationen

1. Landesprogramm für das Zusammenleben der Generationen
2. AGATHE-Berater:innen vor Ort

Gesundheitsversorgung überall gleich gut

1. Investitionen, damit kein Krankenhaus schließen muss
2. Erhöhung und Ausweitung der Niederlassungsförderung für Ärzt:innen, Zahnärzt:innen und Apotheker:innen im ländlichen Raum

Gut gerüstet in die Zukunft

1. Stellenabbaupfad bei der Polizei verlassen und mehr Nachwuchs möglich gemacht
2. Investitionen in Feuerwehr und Katastrophenschutz

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

Landeshaushalt 2024 sichert stabile finanzielle Ausstattung

Zur Beschlussfassung des Landeshaushalts 2024 erklärt Ronald Hande, stellvertretender Vorsitzender und haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Mit dem vorliegenden Haushalt sorgen wir für Planungssicherheit im kommenden Jahr für die Empfängerinnen und Empfänger öffentlicher Gelder, in der sozialen Infrastruktur, bei Vereinen und Verbänden, in den Kommunen und auch in den Unternehmen. Die im Haushalt vorgesehenen Investitionen sind gesichert und es ist sichergestellt, dass frei werdende Stellen, ob bei Lehrer:innen oder Polizist:innen, wieder besetzt werden können. Der jetzt vorliegende Haushalt ist eine solide Grundlage für die Zukunft des gesellschaftlichen Lebens in Thüringen.“

Der LINKE-Haushaltsexperte Hande verweist beispielhaft auf einige Erfolge: Die kommunale Familie kann erneut mit überproportional steigenden Zuweisungen rechnen, mit denen das Leben der Menschen vor Ort besser gestaltet werden kann.

Die von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN auf den Weg gebrachte gleiche Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern in allen Schularten ist im Haushalt ebenso abgebildet wie die bessere Bezahlung von sozialpädagogischen Fachkräften.

Während andere Fraktionen in diesem Landtag das Landesarbeitsmarktprogramm deutlich kürzen wollten und wollen, haben wir die Menschen, die Unterstützung beim Zugang zum ersten Arbeitsmarkt brauchen, nicht aus dem Blick verloren. Es ist uns gelungen, den jahrelangen Personalabbau bei der Polizei zu stoppen und sukzessive umzukehren. So werden auch die vom Landtag beschlossenen 300 Polizeianwärterinnen und -anwärter pro Jahr haushaltsmäßig un-



tersetzt, um eine bürgernahe Polizei auf der Straße zu ermöglichen. Nach 10 Jahren Rot-Rot-Grün werden im kommenden Jahr die vor 2014 entstandenen Personaldefizite ausgeglichen. Mit dem Haushalt 2024 werden die Kulturausgaben verstetigt. Das ist bundesweit einmalig. Ebenso einmalig ist die Sicherung der reichen Theaterlandschaft in Thüringen. Und wir zeigen mit diesem Haushalt - auch unter schwierigen Rahmenbedingungen - dass uns die Sozio- und Breiten-

kultur sowie die freie Szene ebenso wichtig sind wie unser kulturelles Erbe. In der Freizeit profitieren Familien mit ihren Kindern von der Familienförderung ‚Solidarisches Zusammenleben der Generationen‘, die mit insgesamt über 17,5 Millionen Euro landesweit wirkt. Generationenübergreifend wirkt auch das Landesprogramm AGATHE, das ältere Menschen im Kampf gegen die Einsamkeit unterstützt. Im Haushalt finden sich weiterhin zwei beitragsfreie Kinder-

gartenjahre und die finanzielle Absicherung von 550 zusätzlichen Erzieher:innen stellen seit 2014. Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass wir mit dem Haushalt 2024 einen weiteren Schritt in Richtung beitragsfreier Bildung und Erziehung gegangen wären. Auch wenn dies mit dem Haushalt nicht gelingen wird, bleibt es unser Ziel und die Frage der weiteren Entwicklung der Bildungseinrichtungen wird auf der Tagesordnung des Landtags bleiben müssen.



Haushalt 2024

Gemeinsam für Thüringen

„Gastrobonus“ für Thüringen

Im Kontext der Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2024 erklärt Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Gemeinsam mit dem Thüringer Wirtschaftsministerium und der DEHOGA Thüringen ist es uns gelungen, einen ‚Gastrobonus‘ für Thüringen aufzusetzen. Das Investitionsprogramm umfasst bis 2027 finanzielle Unterstützung für Gastronomie und Beherbergungsbetriebe in vorrangig ländlichen Regionen in Höhe von 3 Millionen Euro. Allein im Jahr 2024 werden davon 1 Mio. Euro bereitgestellt.“ Aufgrund der Entwicklungen in den letzten Jahren kam es vermehrt zur Schließung beziehungsweise Betriebsaufgabe von kleinen und mittleren Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben. Laut DEHOGA Thüringen verzeichnete die Thüringer Gastronomie von 2009 bis 2021 einen Rückgang von 4.489 auf 3.023 Betriebe, also um

32,66 Prozent. Korschewsky gibt zu bedenken: „Damit verschwindet auch ein Stück Lebensqualität. Vordergründig betroffen ist der ländliche Raum durch fehlende Unternehmensnachfolgen aufgrund altersbedingter Schließungen der Betriebe. Hier braucht es mehr Attraktivität und Anreize, Unternehmen neu zu gründen oder die Nachfolge zu organisieren. Gleichzeitig sollen mit den Möglichkeiten des ‚Gastrobonus‘ finanzielle Möglichkeiten geschaffen werden, in die Qualität der bestehenden Häuser zu investieren.“ Die Richtlinie zum „Gastrobonus“ wird im ersten Quartal 2024 auf den Weg gebracht.

„Mit dem ‚Gastrobonus‘ sollte mindestens ein Tilgungszuschuss von 15.000 Euro pro bewilligtem Antrag einhergehen“, formuliert der LINKE-Abgeordnete seine Erwartungen hinsichtlich der Unterstützung der Gastro- und Beherbergungsbetriebe in Thüringen.

Vergabespezifischer Mindestlohn steigt und sorgt für faire Bezahlung der Beschäftigten

Im Novemberplenar 2023 wurde das novellierte Thüringer Vergabegesetz beschlossen, welches am 1. Januar 2024 in Kraft tritt. Beschäftigte, deren Arbeitgeber Zuschläge für Aufträge des Landes Thüringen erhalten, werden zukünftig mehr Geld in der Tasche haben. Im neuen Jahr gilt ein bundesweit gesetzlicher Mindestlohn von 12,41 Euro. Beschlossen wurde mit dem novellierten Vergabegesetz, dass der vergabespezifische Mindestlohn 1,50 Euro darüber liegen muss, das heißt, die Beschäftigten erhalten nun 13,91 Euro pro Stunde.

Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärt: „Wir sorgen damit für faire Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen, die mit Steuergeldern bezahlt

werden. Tariftreue und gute Arbeit sind entscheidend als Markenzeichen von Thüringen im Wettbewerb um Fachkräfte. Die Idee der Thüringer CDU, den Freistaat als Billiglohnland zu vermarkten, ist schon vor Jahren krachend gescheitert.“

Mit der Weiterentwicklung des Thüringer Vergabegesetzes ist die Koalition aus DIE LINKE, SPD und Grünen ihrer Verantwortung nachgekommen. „Soziale und ökologische Standards sind weiterhin ein zentraler Bestandteil im Thüringer Vergabegesetz. Aus linker Perspektive ist es nur logisch und konsequent, den vergabespezifischen Mindestlohn auf die kommunale Ebene auszuweiten, um auch dort Lohndumping noch besser vorzubeugen“, ist Schubert überzeugt.

Thüringer Vorzeigeprogramm „AGATHE“ läuft weiter

Mit Beschluss des Thüringer Haushalts für das Jahr 2024 ist der Weg für die weitere Finanzierung des Landesprogramms „AGATHE“ freigegeben. „Das freut mich sehr, denn so kann auch im neuen Jahr das Thüringer Vorzeige-Landesprogramm mit 3,8 Mio. Euro verstetigt werden“, sagt Cordula Eger, seniorenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Aktuell sind in 12 Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten „AGATHE“-Berater:innen unterwegs. Die Abgeordnete hofft, dass sich im kommenden

Jahr noch weitere Kommunen zur Umsetzung des Landesprogramms entschließen. „Mit ‚AGATHE‘ haben wir in Thüringen ein wichtiges Angebot gegen zunehmende Isolierung und Einsamkeit in der Gesellschaft gestartet“, so Eger auch mit Blick auf die von Bundesfamilienministerin Lisa Paus angekündigten Strategien zur Bekämpfung von Einsamkeit. „Hier leistet Thüringen bereits einen wichtigen Beitrag. Es wäre ein richtiger Schritt, ein solches Programm auch auf Bundesebene zu etablieren“, so die Politikerin.

Stabilitätsanker für Menschen mit Förderbedarfen

Im Haushalt 2024 sind die Thüringer Arbeitsmarktprogramme angemessen ausgestattet. Für das Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“, die Richtlinie zur Gewinnung von Auszubildenden aus Drittstaaten (PARL) und das Landesprogramm „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“ (ÖGB) stehen insgesamt 13 Millionen Euro Fördermittel bereit. Sozialpolitikerin Karola Stange, betont die Erfolge und Relevanz dieser arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Seit 2015 wurden durch die Landesarbeitsmarktprogramme mehr als 2380 Personen in Arbeit

und 780 Personen in Ausbildungsstellen vermittelt. Die Förderung gemeinwohlorientierter Arbeit bietet arbeitslosen, insbesondere langzeitarbeitslosen Menschen Perspektiven. Die Langzeitarbeitslosigkeit wurde nahezu halbiert, und die Beschäftigungsquote in Thüringen ist die zweithöchste unter den neuen Bundesländern. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Erwerbstätigen stabilisiert. Daher ist es von großer Bedeutung, dass diese Programme im Haushalt 2024 als Stabilitätsanker für Menschen mit Förderbedarf weiterhin bestehen bleiben.

Handwerk stärken: Prämie verbessert Nachwuchsgewinnung

Im Haushalt 2024 der Koalition aus DIE LINKE, SPD und Grünen sind die Thüringer Arbeitsmarktprogramme angemessen ausgestattet. Der aktuelle Haushaltsbeschluss sieht finanzielle Mittel für eine neue Praktikumsprämie für Schülerinnen und Schüler vor, die Einblicke in einen Handwerksberuf erhalten möchten. Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, begrüßt das Ergebnis und betont die Bedeutung der Berufsorientierung für junge Menschen angesichts des Fachkräftemangels. Die neue Praktikumsprämie, die im kommenden Jahr eingeführt wird, beläuft sich auf 100.000 Euro. Durch einen Änderungsantrag der Koalition werden zusätzlich 50.000 Euro dem Handwerk zur Verfügung gestellt, und die gleiche Summe soll aus den Mitteln zur Leistungssteigerung im Handwerk durch die Hand

werkskammern priorisiert werden. Dank dieser Mittel können Schülerinnen und Schüler ab den Sommerferien 2024 eine finanzielle Unterstützung von 120 Euro erhalten, wenn sie mindestens ein einwöchiges Praktikum in einem Thüringer Handwerksbetrieb absolvieren.

Andreas Schubert betont die positive Entwicklung der abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Thüringer Handwerk, die im Oktober 2023 um 5,1 Prozent gegenüber 2021 angestiegen sind. Er hofft, dass diese Entwicklung dazu beiträgt, dass viele Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit nutzen, Handwerksberufe kennenzulernen und erste Erfahrungen in der Berufswelt zu sammeln. Insgesamt verbessern DIE LINKE, SPD und Grüne trotz Schwierigkeiten bei der Mehrheitsfindung im Thüringer Landtag auch im kommenden Jahr die Unterstützung des Handwerks im Freistaat.

„Ein gutes Ergebnis für die Kommunen“

Fragen und Antworten für die Kommunen zum Haushalt 2024

Wie viel bekommen die Kommunen 2024 mehr?

Die Kommunen bekommen durch den Finanzausgleich 271 Millionen mehr als in 2023. Über den gesamten Haushalt sind es insgesamt ca. 600 Millionen mehr Mittel. Darüber hinaus sind im Corona- und Energiekrisen Sondervermögen Zuweisungen zur Abfederung von gestiegenen Energiepreisen innerhalb der kommunalen Familie vorgesehen. Die Steuereinnahmen von Land und Kommunen sind so hoch wie noch nie. Das kommt den Kommunen zu Gute, denn durch den Partnerschaftsgrundsatz erhalten die Kommunen Anteile an den Steuereinnahmen des Landes.

Ermöglicht das Land den Kommunen Spielräume?

Die Kleine Revision hat ergeben, dass die kommunale Familie eine Mindestausstattung im eigenen Wirkungsbereich von 2.433 Millionen braucht. Thüringen gibt 2.860 Millionen Euro und liegt damit um 427 Millionen über der Mindestausstattung finanzieller Mittel. Das Land gibt also deutlich mehr als es laut Berechnung mindestens zahlen muss. Der Rechnungshof monierte in der Vergangenheit bereits, dass das Land zu großzügig zu den Kommunen sei, und wieder mehr auf die Revision Rücksicht nehmen sollte. Das hieße 427 Millionen weniger für die Kommunen, gekürzt durch den Rechnungshof. 2024 wird die Regierungskoalition dieser Aufforderung nicht nachkommen. Darüber hinaus ermöglicht Thüringen durch weitere 1,7 Milliarden Euro den Kommunen Projekte und Investitionen zu starten. Diese sind außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs verankert.

Wird kleinen Gemeinden eine Chance eingeräumt?

Kleine Gemeinden haben wie jede andere auch einen wichtigen Stellenwert und das Recht, sich selbst zu verwalten. Dafür wurde auch wieder das „Kleine-Gemeinde-Programm“ aufgelegt. Durch dieses Programm bekommen alle Gemeinden bis zu 75.000 Euro. Das „Kleine-Gemeinde-Programm“ kann aber nicht mehr sein als eine Übergangslösung. DIE LINKE lehnt dieses ab, da eine Gemeindeneugliederung langfristig sinnvoller für die kreisangehörigen Gemeinden ist. Größere Gemeinden bekommen eine höhere Vergoldung durch die Hauptansatzstaffel und sinnvoll gestaltete Verwaltung in der Fläche bringt Einsparpotenziale. DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden die freiwillige Gemeindeneugliederungen weiterhin finanziell wie organisatorisch unterstützen.

Ist das Land ein guter Partner für die Kommunen?

Nach dem sogenannten Partnerschaftsgrundsatz bekommen die Kommunen 31,71 Prozent Finanzaufweisungen durch den KFA von den gesamten Steuereinnahmen von Land und Kommunen. Um dies zu erreichen, müssten das Land 2.273 Millionen an die Kommunen zahlen. Das Land zahlt den Kommunen allerdings 2.421 Millionen in der Finanzausgleichsmasse. Weitere 1,7 Milliarden finden sich im Haushalt für die Kommunen. Sind die Kommunen ein guter Partner? Selbstverständlich sind sie das! Das Land gibt den Kommunen finanzielle Mittel und erwartet, dass sie diese umsetzen. So muss es ein bilaterales Geben und Nehmen zwischen Kommunen und Land sein. Die Neustrukturierung der Landkreise und der Gemeinden ist in Thüringen dennoch überfällig.

Wie werden in Thüringen die Feuerwehren ausgebaut?

Für Brand- und Katastrophenschutz werden vier Millionen mehr eingeplant. Von 42 Millionen auf 46 Millionen steigt der Etat für Feuerwehren, Katastrophenschutz und Rettungsdienste. Darüber hinaus wird die Feuerwehrpauschale aus dem letzten Jahr fortgeführt, das sind 10 Millionen mehr für die Feuerwehren. 300 Euro pro Kamerad:innen bekommt eine Kommune durch die Pauschale.

Auch die Brand- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz wird deutlich besser ausgestattet. Drei Millionen mehr sowie einige Stellenhebungen sind vorgesehen, damit die Feuerwehrleute bestmöglich ausgebildet werden können.

Wie wird den kommunalen Schwimmbädern die Last der Energiepreissteigerungen abgenommen?

Die Kosten für ein Schwimmbad sind enorm, insbesondere in Zeiten hoher und steigender Energiepreise. Um diese abzufedern, werden aus dem Corona- und Energiekrisen-Sondervermögen sieben Millionen für kommunale Schwimmbäder geplant. Diese sollen die hohen Energiepreise abfedern.

Wie viel wird für die Schulsanierung bereitgestellt?

Für die Schulen sind über 90 Millionen Investitionsmittel für Schulbau und Schulsanierung vorgesehen. Darüber hinaus wurde das Sonderprogramm „Ganztagsinvestitionsprogramm“ mit 20 Millionen eingerichtet.

Die Lehrer:innengewinnungskampagne wird fortgesetzt, um die noch freien Lehrer:innenstellen zu besetzen.

Können kommunale Sportstätten saniert werden?

Zehn Millionen Euro sieht der Haushaltentwurf für Investitionen in kommunale Sportstätten vor. Fünf weitere Millionen wurden bereitgestellt, um neue Projekte zu starten. Die Sportstätten-Förderung ist und bleibt ein wichtiges Thema für die Regierungskoalition.

Wie viel Geld ist für Kultur (von damals bis heute) vorgesehen?

Für Investitionen und Zuschüsse in unsere Kunst- und Kulturpflege sind 215 Millionen Euro geplant. Das sind 26 Millionen mehr als noch in 2023. Davon wird die volle Bandbreite von Kunst und Kultur unterstützt. Von Theater und Museen bis hin zu Kabarett und moderner Kleinkunst. Auch die Kunstpädagogik findet sich wieder. Kunst und Kultur wird in großen Teilen von den Gemeinden umgesetzt und durch das Land (mit)finanziert. Auch hier müssen die Kommunen keine Angst haben, im Regen zu stehen.

Wie werden den Kommunen die Kosten für geflüchtete Menschen abgenommen?

Der Bund gibt den Ländern mehrere Millionen, um diese auf Kommunen und Land aufzuteilen, um die Kosten des Migrationsgeschehens zu begleichen. Das Land verzichtet zugunsten der Kommunen auf den eigenen Anteil und gibt diese Mittel zu 100 Prozent an die Kommunen weiter. Das bedeutet nach dem neuesten

Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bund, dass die Kommunen auf die bisher geplanten Zuweisungen noch mal 12 Millionen obendrauf bekommen. Das Budget für Migration und Integration wurde um 30 Millionen erhöht und davon gehen die meisten Anteile an die kommunale Familie. Hier kommen die 12 Millionen obendrauf.

Wie wird die Wirtschaft in und für Thüringen weiter vorangebracht?

Für die Wirtschaft wird einiges getan. 153 Millionen fließen in die Verbesserung von regionalen Wirtschaftsstrukturen. Für die Gemeinden soll dies zur Folge haben, dass höhere Gewerbesteuererinnahmen generiert werden. Damit werden sie unabhängiger von den Landeszuweisungen. Dies wird begleitet von den EU-Mitteln, die das Land für die Kommunen kofinanziert. Auch in der Gastronomiebranche wird es Unterstützung geben. Die Gastronomie im ländlichen Raum soll mit drei Millionen gefördert werden. Auch dies sichert den Kommunen Gewerbesteuererinnahmen.

Wird das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ fortgesetzt?

Die Kommunen sind die Hauptträger dieses Programms und das Land finanziert die Kommunen dafür. Das Landesprogramm wird von 14,4 auf 17,5 Millionen angehoben und steht den Landkreisen und kreisfreien Städten zu. Die gute Arbeit der Landkreise und kreisfreien Städte sollen in 2024 wenn möglich ausgebaut werden.



Katja Maurer,
kommunalpolitische Sprecherin

Mehr Mitbestimmung in Thüringen

Debattenbeitrag von Anja Müller

Angesichts aktueller Mediendiskussionen zur wichtigen Funktion von Bürger:innenbeteiligung und Mitbestimmung zur Bewältigung von Krisensituationen fordert Anja Müller, Sprecherin für Demokratie und Verfassung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, dass auch in Thüringen die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Einwohnerinnen und Einwohner:innen in Thüringen ausgebaut werden müssen. Die Debatte wurde z. B. von Maren Urner aufgegriffen, Neurowissenschaftlerin an der Hochschule für Medien in Köln, in einem Beitrag auf Tagesschau 24. Die LINKE-Abgeordnete verweist in diesem Zusammenhang

menhang auch auf die Gesetzesvorschläge der Regierungskoalition, die seit längerem schon im Verfassungsausschuss des Landtags in Beratung sind und in einer umfangreichen Anhörung positive Bewertungen durch außerparlamentarische Anzuhörende bekommen haben.

Anja Müller betont mit Blick auf diese Reformvorschläge von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN: „Gruppenbildungen und ihre Folgen, viele sprechen auch von „Blasen“, führt zu Hilflosigkeit, Ohnmachtsgefühlen und auch dazu, dass Menschen nicht mehr offen sind, andere Positionen wahrzunehmen.“

„Mehr Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung für die Menschen in Thüringen – jetzt!“

fordert Anja Müller,
Sprecherin für Verfassung, Demokratie und Petition

tungsprozesse der „Blasenbildung“ noch mehr. Menschen ziehen sich in ihre Gruppen zurück, die ihnen eine scheinbare Sicherheit in ihrer Hilflosigkeit geben. Es ist aber politische und gesellschaftliche Aufgabe, dieses Gefühl ins Gegenteil umzukehren und Hilflosigkeit in Selbstwirksamkeit und die Erfahrung zu verwandeln, das jede und jeder selbst die Gesellschaft, die Lebensumstände vor Ort selbst aktiv und ganz praktisch mitgestalten kann. Dazu sind Bürgerräte, Beteiligungskommunen, Bürgerbegehren und Volksbegehren auf kommunaler und Landesebene - und auch endlich auf Bundesebene wichtige Stellschrauben. Allerdings ist es für DIE LINKE eine unverzichtbare Bedingung, dass diese Instrumente so ausgestaltet sein müssen, dass sie von Rechtsextremen nicht für ihre politischen Zwecke missbraucht werden können. Solche Dinge wie z.B. die Menschenwürdegarantie, die Gleichheit aller Menschen, der Schutz von Minderheiten, Demokratie, Sozialstaat, Rechtsstaat und Föderalismus sowie die Geltung der UN-Menschenrechtspakte müssen auch beim Ausbau der Bürgerbeteiligung unbedingt Bestand haben.

Die Vorschläge der Koalitionsfraktion zu mehr Bürgerbeteiligung berücksichtigen diese unverzichtbare Bedingung - z.B. auch bei der Abschaffung des so genannten „Finanzvorbehalts“ bei Volksbegehren, der bisher in Thüringen für fast jedes Volksbegehren einen Erfolg unmöglich macht. Die LINKE-Fraktion wird auch im Jahr 2024 intensiv für die Umsetzung dieser Reformvorschläge für mehr Bürgerbeteiligung in Thüringen engagieren.“

men. Mehr kommunale Bürgerräte, der Ausbau der Kommunen zu wirklichen „Beteiligungskommunen“, mehr (direkte) Mitbestimmungsmöglichkeiten sind eine sinnvolle Antwort auf diese Gruppenbildungen. Die politischen Vertreterinnen und Vertreter sollten die Fakten, Argumente und Vorschläge aus Wissenschaft und Praxis - wie z.B. die der Neurowissenschaftlerin Urner in ihrem o.g. Beitrag ernst nehmen ernst nehmen und in ihrer politischen Arbeit berücksichtigen, um die Demokratie und die Vielfalt der Zivilgesellschaft vor Angriffen - vor allem aus der rechtsextremen Ecke - zu schützen. Mir scheint wichtig z.B. wichtig, dass Maren Urner auf folgendes hinweist:

Das Jahr 2023 mit all seinen Berichten über Krisen, Kriege und Naturkatastrophen verschärft solche gesellschaftlichen Rückzugs- und Abschot-



Anja Müller,
Sprecherin für Verfassung,
Demokratie und Petition

Entscheidung zu Homöopathie war überfällig

Gesundheitspolitischer Sprecher befürwortet Vorhaben des Bundesgesundheitsministers

Die Entscheidung des Bundesgesundheitsministeriums, Homöopathie nicht mehr als Kassenleistung einzuordnen, begrüßt der gesundheits- und pflegepolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ralf Plötner: „Homöopathie hält über den Placebo-Effekt hinaus keinen wissenschaftlich nachweisbaren Nutzen für die Menschen bereit.“

Die Entscheidung, diese nicht mehr als Kassenleistung abzurechnen, ist richtig. Leider hat dieser wichtige Schritt, der zu einer Entlastung der von der Solidargemeinschaft zu tragenden Kosten in Höhe von jährlich etwa 6,6 Millionen Euro führen wird (Stand 2022), sehr lange gedauert. Denn seit 1978 hat der deutsche Gesetzgeber Homöopathie als Arzneimittel im Arzneimittelgesetz (gesetzlich) anerkannt.“ In Thüringen wurde 2022 Homöopathie als Weiterbildungsangebot durch die

Landesärztekammer gestrichen. Die Weiterbildung für Homöopathie gibt es nur noch in Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz sowie im Bereich der Ärztekammer Westfalen-Lippe. 13 von 17 Landesärztekammern haben die Homöopathie bereits aus der Weiterbildungsordnung gestrichen. „Die Landesärztekammer Thüringen hat früh der nachweislich unwissenschaftlichen Homöopathie den Zahn gezogen und den sich in Ausbildung befindenden Medizinerinnen und Mediziner mit ihrer Entscheidung gezeigt, dass wichtige Ressourcen von medizinischen Fachkräften nicht mit unwissenschaftlichen Methoden belastet werden sollten.“

Wir als Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag stehen dabei an der Seite der Wissenschaft und der Solidargemeinschaft, die dadurch nachhaltig entlastet wird“, schließt Plötner ab.





Für faire Landwirtschaftspolitik

Ramelow steht hinter Protesten in Thüringen

„Wer den Abbau von Subventionen fordert, soll von Solidarität mit der Landwirtschaft nicht reden. Wir stehen an der Seite der Landwirtschaft“, erklärt auch Bodo Ramelow beim Bauernprotest in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt. „Die landwirtschaftlichen Betriebe sind elementar für Thüringen und den ländlichen Raum. Wichtig ist, dass wir das als Gesellschaft anerkennen und zugleich im Dialog bleiben und uns nicht spalten lassen.“ Zu den Medienberichten, er sei von anwesenden Bauern niedergebrüllt worden, ergänzt Ramelow, nicht die Landwirte hätten gebrüllt, sondern Reichsbürger und die „Freien Thüringer“, die sich zum Niederbrüllen verabredet hätten. Den Aufruf, den Ministerpräsidenten Thüringens und Abgeordneten des Thüringer Landtages niederzubrüllen, habe es gezielt unter rechtsextremen Gruppen gegeben. „Da lernt man, wie „frei“ es würde, wenn die „Freien Thüringer“ Macht bekämen“, schließt Ramelow ab.



Zu den Protesten von Bäuerinnen und Bauern, die für die Zukunft ihres Berufsstandes demonstrieren, erklärt Dr. Marit Wagler, Sprecherin für Landwirtschaftspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Der Druck auf unsere landwirtschaftlichen Betriebe hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dabei geht es nicht nur um Kfz-Steuerbefreiung und Agrardieselsubventionen, sondern um das schlechende Aushungern der Betriebe. Angesichts der Importe von Agrarprodukten mit geringeren Produktionsstandards zu niedrigeren Lohnkosten und Billigpreisen aus dem Ausland muss es jetzt darum gehen, die heimische Landwirtschaft mit ihren hohen Standards zu erhalten. Dafür sind Ausgleichszahlungen notwendig. Die heimische Landwirtschaft fordert zu Recht faire, verlässliche und langfristige Förderbedingungen. Wir stehen fest an der Seite der Bäuerinnen und Bauern, die trotz wid-

riger Bedingungen täglich darum kämpfen, die landwirtschaftliche Produktion im ländlichen Raum aufrechtzuerhalten“. Auch die angekündigte teilweise Rücknahme der angekündigten Kürzungen bleibe inakzeptabel: „Statt solcher Gesten, die lediglich der Befriedung der Proteste dienen sollen, brauchen wir von der Bundesregierung eine Agrarpolitik, die auf nachhaltige Rahmenbedingungen setzt. Diese muss darauf abzielen, verlässliche, faire und auskömmliche Einkommen für unsere Bäuerinnen und Bauern zu sichern. Dabei geht es nicht nur um das Überleben der Bäuerinnen und Bauern, sondern im Kern auch um die Sicherung unserer Ernährung, die durch die Einhaltung hoher Produktionsstandards gewährleistet wird“, betont die Abgeordnete. Es sei „völlig inakzeptabel“, dass Akteure aus dem rechten Spektrum versuchten, die legitimen Proteste zu unterwandern und für ihre Zwecke zu

instrumentalisieren, so Wagler. „Damit erweisen sie den Bäuerinnen und Bauern einen Bärendienst. Das befürchtet auch der Bauernverband und wehrt sich dagegen“.



Dr. Marit Wagler
SSprecherin für Landwirtschaft, Forsten und technischen Umweltschutz

Neonazis und extrem rechte Gruppierungen bei Bauernprotesten auch in Thüringen beteiligt

König-Preuss zur Unterwanderung der Demonstrationen

Thüringenweit fanden sich gestern mehrere Tausend Menschen im Zuge der angekündigten Proteste gegen die Streichung von Agrarsubventionen thüringenweit zusammen. Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, weist darauf hin, dass in mehreren Städten organisierte Neonazis sowie extrem rechte Gruppierungen und Parteien an den Protesten teilnahmen. „In Leinefelde konnten bspw. Neonazis der Partei ‚Heimat‘, vormals NPD, rund um und mit Thorsten Heise ungestört an der Demonstration am Abend mit Trommeln teilnehmen und entzündeten dabei auch Bengalos.“ König-Preuss verweist darauf, dass unterschiedliche Strukturen der extremen Rechten bei den Bauernprotesten mitgewirkt bzw. sich beteiligt hätten, darunter ‚Freies Netz Thüringen‘, militante Neonazis, aber auch Reichsbürger, z.B. der selbsternannten ‚Preußischen Provinz Sachsen‘. „Bereits im Vorfeld gab es in bestehenden Telegramm-Gruppen und Kanälen, die teils auch über die Coronaleugner-Szene gewachsen sind, eine entsprechende Mo-

bilisierung. So wurde bspw. aus dem Reichsbürger-Spektrum klar dazu aufgerufen, die Rede vom Ministerpräsidenten Bodo Ramelow bei der großen Kundgebung des Bauernverbandes in Erfurt zu stören.“ Bei mehreren der vergangenen Proteste seien Zeichen und Codes der extremen Rechten gezeigt und geduldet worden, teils mit offensichtlichen schwarz-weiß-roten Reichsfahnen. Außerdem wurden Galgen vorgeführt. „Es ist positiv, dass sich der Bauernverband im Vorfeld klar positionierte und von rechten und extrem rechten Gruppierungen distanzierte. Wünschenswert wäre, wenn die örtlichen Veranstalter:innen und Teilnehmenden auch eine klare Haltung und Distanz einnehmen würden.“ Die Abgeordnete zeigte sich entsetzt über Vorgänge in Gera: „Wenn eigenmächtig Personalienkontrollen durchgeführt werden und nach Vorlage von Ausweisen entschieden wird, wer an der Weiterfahrt behindert wird und wer nicht, dann bewegt sich dieses Verhalten im Bereich der Selbstjustiz und Willkür. Bei der Gruppierung ‚Miteinanderstadt Gera‘ handelt es sich zudem um kein

‚regierungskritisches Bündnis‘, wie teils berichtet wurde, sondern um eine rechte Struktur, die eng mit dem Reichsbürgerspektrum verzahnt ist, NPD und AfD hofiert und bei der in der Vergangenheit eine verbotene SA-Parole gegrölt wurde, weshalb die Polizei Ermittlungen aufnahm.“ Während sich in Erfurt extrem rechte Strukturen wie „Freies Thüringen“ oder auch „Junge Alternative“ sowie Neonazis den Bauernprotesten anschlossen, nahmen bspw. in Sondershausen mehrere Bauern an der von Patrick Weber, Landesschatzmeister „Die Heimat“ (NPD) mit organisierten Demonstration teil und hielten Redebeiträge.

König-Preuss wendet sich an alle Beteiligten der Proteste, wachsamer im Blick zu haben, wer sich den Protesten anschließt und sich deutlich gegen rechte Vereinnahmung und Instrumentalisierung zu stellen. Die Abgeordnete hat eine Kleine Anfrage an das Innenministerium u.a. zu „Passierscheinen“ in Gera und Jena sowie zu Vorgängen in anderen Städten und Teilnahmen rechter Strukturen rund um die Bauernproteste eingereicht.

Barrierefreiheit im Landtag

Bericht von einem Praktikanten der Fraktion DIE LINKE

Seit dem 26. März 2009 und damit seit rund 14 Jahren ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland geltendes Recht. Die Konvention macht deutlich: Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist ein Recht! Dazu ist es aber notwendig, dass umfangreiche Barrieren abgebaut werden, welche die selbstbestimmte und uneingeschränkte Teilhabe am Leben beeinträchtigen. Leider ist Barrierefreiheit in unserer Gesellschaft auch heute noch keine Selbstverständlichkeit: Der Zugang zu Gebäuden, die ungehinderte Bewegung in Räumen oder auch barrierefreie Schriftstücke sind in vielen Bereichen der Gesellschaft nur eingeschränkt oder gar nicht möglich.

Doch wie sieht es mit der Barrierefreiheit im Thüringer Landtag aus? Im Rahmen eines Schülerpraktikums ist Matthias Burock genau dieser Frage nachgegangen. Sein Erfahrungsbericht zeigt: Der Landtag hat noch viele Barrieren, wirft man einen genauen Blick ins Detail.



Karola Stange und Praktikant Matthias Burock
Burock wies auf Herausforderungen für Rollstuhlfahrende im Landtag hin

Erfahrungsbericht: Der Thüringer Landtag aus der Sicht eines Rollstuhlfahrers

Ich bin ein 18-jähriger Schüler der 10. Klasse der Förderschule am Andreasried und sitze seit über 10 Jahren im Rollstuhl, seit einiger Zeit auch in einem Elektrorollstuhl. Aufgrund der sehr starken Bewegungseinschränkung und des großen Elektrorollstuhls ist es für mich fast unmöglich, einen geeigneten Praktikumsplatz zu finden. Umso mehr habe ich mich gefreut, mein diesjähriges Praktikum hier im Landtag absolvieren zu können. Frau Stange hat mir dies bei der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ermöglicht. In meinem Alltag stoße ich immer wieder auf fehlende oder unzureichende Barrierefreiheit. Daraus entstand die Idee, den Landtag bei einem gemeinsamen Rundgang auf Barrierefreiheit zu testen. Der Rundgang begann im Eingangsbereich. Der Eingangsbereich, die Cafeteria/Speisesaal und der Plenarsaal mit Lobby und Außenbereich befinden sich im neuesten Gebäude des Landtages. Vor einigen Wochen hatten wir das Glück, mit unseren Abschlussklassen den Landtag zu besuchen. Dabei konnten wir auch den Plenarsaal besichtigen. Da wir vier Rollstuhlfahrer waren, mussten wir auf der oberen Tribüne bleiben, da es keinen barrierefreien Zugang zum unteren Bereich und zum Rednerpult gab. Als wir in der Plenarsaallobby waren, ist mir aufgefallen, dass es zwar eine Beschilderung zur Behindertentoilette gibt, diese sich aber am falschen Zugang, mit einer Treppe befindet. Am barrierefreien Zugang

gab es hingegen keine Beschilderung. Außerdem war zu diesem Zeitpunkt der Weg für einen Rollstuhl durch abgestellte Objekte versperrt. Beim Verlassen der Plenarsaallobby gab es eine gut beschilderte Behindertentoilette. Da mich als Besucher des Landtages auch interessiert, wie ich zu den Zuschauerrängen des Plenarsaals gelangen kann, schaute ich wo sich der Aufzug befindet.

Auf dem Zuschauerrang ist kein Rollstuhlplatz man müsste also im oberen Zugang warten und versperrt somit den Weg für andere. Dadurch entsteht jedoch eine Separierung von den Begleitern auf die Rollstuhlfahrende teilweise angewiesen sind. Das neueste Landtagsgebäude verbindet das alte Fraktionsgebäude mit dem Verwaltungsgebäude, der sogenannten „Eierkiste“. Das Verwaltungsgebäude ist zwar alt, aber von Grund auf neu saniert. Als Besucher war ich im obersten Stock und habe dort die schöne Aussicht auf Erfurt genossen. Da das Gebäude neu saniert ist, gehe ich zunächst davon aus, dass es barrierefrei gestaltet ist. Zu guter Letzt wollte ich mir dann das Fraktionsgebäude anschauen. Teilweise fehlt es an der Sichtbarmachung der barrierefreien Zugänge. Da mein Praktikum in der Fraktion DIE LINKE bei Frau Stange im Büro stattfand, bin ich jeden Tag mit dem Fahrstuhl in die vierte Etage des Fraktionsgebäudes gefahren und hatte die Möglichkeit, mich auch hier umzusehen. Ich konnte in alle Räume problemlos mit dem Rollstuhl reinfahren, die Türen waren breit genug und die Türschwelle waren ebenerdig. Auch den Vorraum der Herrentoilette konnte ich gut betreten. Leider befanden sich in der Etage keine Toiletten

für Menschen mit Behinderung. Bei einem Ausflug in die dritte Etage zu den weiteren Räumen der Fraktion habe ich den zweiten Fahrstuhl auf der Ebene genutzt. Auch dieser Fahrstuhl bot ausreichenden Platz für meinen Rollstuhl. Bei einem Besuch von Herrn Dittes, dem Fraktionsvorsitzenden der Partei, ist mir aufgefallen, dass die Türschwelle nicht ebenerdig ist. Dort gibt es jedoch einen kleinen Absatz, welchen ich mit meinem Rollstuhl gut überqueren konnte. Auch wenn das Fraktionsgebäude in den 1930er-Jahren gebaut wurde, war es doch für mich überwiegend barrierefrei. Dabei sehe ich jedoch noch etwas Verbesserungspotenzial, welches oftmals schon durch kleine Veränderungen realisiert werden kann. Ich würde mir wünschen, dass die oben genannten Punkte nach meinem Praktikum nachgebessert werden. Das Praktikum, was ich in der Fraktion DIE LINKE machen durfte, würde ich jedem Jugendlichen, egal ob man eine Behinderung hat oder nicht, empfehlen, da es mir persönlich sehr gut gefallen und Spaß gemacht hat. Ich durfte bei Fraktions- und Ausschusssitzungen dabei sein und konnte so viele Einblicke in die Arbeit der Abgeordneten und Mitarbeiter erhalten, um die Arbeitsabläufe des Landtages verstehen zu können. Beispielsweise nahm ich anlässlich des 85. Gedenktages der Novemberpogrome an einer Gedenkveranstaltung auf dem Jüdischen Friedhof für die Opfer der Pogromnacht im Jahr 1938 teil, zu der mich Frau Stange einlud. Herzlich bedanken möchte ich mich deshalb bei Frau Stange, die mir dieses Praktikum ermöglicht hat.

Matthias Burock

Was die Fraktion aus dem Praktikum lernen kann

Eines hat uns als Fraktion DIE LINKE das Praktikum erneut deutlich vor Augen geführt: Die bloße Möglichkeit der Teilhabe aller in unserer Gesellschaft ist noch immer kein Selbstverständnis. Auch Mitarbeiter:innen sowie Abgeordnete stellte das Praktikum vor neue Herausforderungen und konfrontierte uns mit Fragen rund um unseren Arbeitsplatz, die bis dato für uns in unserem Alltag wie selbstverständlich erschienen. Bereits vor dem Praktikumsbeginn galt es die Frage zu klären, ob ein Praktikum in den Räumlichkeiten der Fraktion DIE LINKE im Landtag überhaupt möglich ist:

Sind die Türen in der vierten Etage für den Rollstuhl breit genug? Ist im Fahrstuhl ausreichend Platz? Kann sich über den Flur und in den Büro-Räumen ausreichend bewegt werden? Gibt es irgendwo Hindernisse, die zunächst weichen müssen, um Platz zu schaffen? Glücklicherweise erwiesen sich Türrahmen und Fahrstuhl als breit genug. Gerade so. Auch während des Praktikums offenbarte sich, dass eine Vielzahl der täglichen Aufgaben in unseren Arbeitsabläufen mit Barrieren verknüpft sind: z. B. dass ein höhenverstellbarer Schreibtisch nicht nur zu einem gesunden Rücken beiträgt, sondern auch das Arbeiten am Schreibtisch für einen Rollstuhlfahrer erst möglich machen kann. Dabei können einzelne Hürden schnell überwunden werden, wenn wir sie nur angehen: Bereits kleine Veränderungen, wie die Neupositionierung einer Beschilderung des Behinderten-WC in der Landtagslobby kann merkliche Verbesserungen für Rollstuhlfahrende beinhalten.

Das Praktikum bildete auch für uns eine neue Erfahrung. Es lehrte uns: Inklusion ist auch eine Art, wie wir denken und wahrnehmen: Wie gehe ich durch das Leben, wie betrachte ich meine Umgebung, auf was achte ich? Inklusion bedarf deshalb auch einer Perspektiverweiterung, weg von dem Blick eines Menschen ohne Beeinträchtigungen, hin zu der Perspektive von Menschen, die sich mit alltäglichen Hürden auseinandersetzen müssen. Inklusion ist deshalb auch ein empathischer und sozialer Prozess, denn sie setzt voraus, dass man sich mit der Perspektive seiner Mitmenschen auseinandersetzt und seine Perspektive erweitert.

Petition des Monats

Erfolg: Schulische Abschlussprüfungen an Berufsschulen abgeschafft!



Im Oktober 2022 wandten sich die Schülersprecherinnen und -sprecher der Sebastian-Lucius-Schule in Erfurt an den Petitionsausschuss des Thüringer Landtages. Sie forderten die Abschaffung der Schulischen Abschlussprüfungen (SAP) an Berufsschulen. Als Außenstehende könnte man sich nun fragen, was das soll? Prüfungen, insbesondere Abschlussprüfungen, sind normal in unseren Schul- und Ausbildungssystemen. Mithilfe von Prüfungen sollen die Kenntnisse und Fertigkeiten der Schülerinnen und Schüler festgestellt werden. Klar, jeder und jede kennt Prüfungen aus der eigenen Schullaufbahn und niemand hat sich auf Prüfungen gefreut, da sie auch eine große psychische Belastung darstellen und nicht selten über den weiteren Lebensweg entscheiden. Man könnte auf die Forderung der Petent:innen also mit einem Schmunzeln im Gesicht und achselzuckend sagen: Ich verstehe euch, Prüfungen sind unangenehm und anstrengend, doch deswegen können sie doch nicht einfach abgeschafft werden. Schaut man jedoch genauer hin, offenbaren sich einige Hintergründe, die die Forderung in einem anderen Licht erscheinen lassen.

Kammerprüfungen wichtiger als Abschlussprüfung

Da die Petition veröffentlicht und von insgesamt 3.255 Menschen unterstützt wurde, kam es am 31. August 2023 im Thüringer Landtag zu einer öffentlichen Anhörung vor dem Petitionsausschuss. Die Petentinnen und Petenten führten aus, dass bereits während der Corona-Pandemie die schulischen Abschlussprüfungen an Berufsschulen ausgesetzt wurden. Dies sei nach Aussage des Bildungsministeriums im Wesentlichen zur Kontaktvermeidung, aber auch im Sinne der Entlastung der Berufsschülerinnen und -schüler aufgrund des eingeschränkten Präsenzunterrichts erfolgt. Da nun aber der Berufsschulunterricht wieder vollständig in Präsenz erteilt werde, bestehe keine Veranlassung mehr, die schulischen Abschlussprüfungen auszusetzen, so zumindest die erste Aussage des Ministeriums zu der Forderung. In der öffentlichen Anhörung wurden aber noch weitere Argumente gegen die Prüfungen vorgetragen. So würden die Berufsschülerinnen und -schüler nicht nur in der Berufsschule geprüft, sondern auch von den jeweiligen Kammern. Die Kammerprüfungen seien aber ungleich wichtiger und entscheidender für den Berufsabschluss, da sie bundesweit vergleichbar seien. Thüringen jedoch sei das einzige Bundesland,

das an einer schulischen Abschlussprüfung festhalte. Alle anderen Bundesländer hätten die Schulischen Abschlussprüfungen mittlerweile gänzlich abgeschafft. Durch die Doppelbelastung und den zusätzlichen Stress könnten sich die Auszubildenden nicht angemessen auf die vier Kammerprüfungen fokussieren.

Verschlechterung der Leistung durch SAP

Zudem müssten für die SAP Inhalte gelernt werden, die über zwei Jahre in der Vergangenheit lägen und für die Kammerprüfungen keine Relevanz hätten. Darüber hinaus diene die SAP lediglich dazu, den Schnitt von Schülerinnen und Schüler zu verbessern, die einen Notendurchschnitt von 2,45 oder schlechter hätten. Um aber bei einem Notendurchschnitt von 3 auf eine Abschlussnote von 2 zu kommen, müsse man in der SAP die Note 1 erreichen, was unrealistisch sei und so gut wie nie vorkomme. Die SAP habe vielmehr die Konsequenz, dass die bisherigen Noten bestätigt würden oder sich durch den zusätzlichen Leistungsdruck sogar verschlechterten. Die zur Anhörung anwesenden Berufsschullehrerinnen bestätigten die Argumente der Petentinnen und Petenten. Geschätzt habe sich nur eine Schülerin beziehungsweise ein Schüler von 1.000 durch die SAP verbessern können.

Lehrende an der Seite der Schülerinnen und Schüler

Hinzu komme, dass auch die Fachlehrerinnen und -lehrer am Ende des Schuljahres umfangreiche Aufgaben als Prüferinnen und Prüfer hätten. Es seien Prüfungen zu erstellen, zu kontrollieren und Endnoten für das Schulzeugnis zu erteilen. Nebenbei erstellten viele ehrenamtlich Prüfungen für die Kammern, die an den Wochenenden kontrolliert würden. Dies sei eine enorme Arbeitsbelastung. Vor dem Hintergrund, dass Thüringen das einzige Bundesland sei, dass an der Schulischen Abschlussprüfung festhalte, die Prüfungen eine Doppelbelastung für die Auszubildenden darstellten und kaum eine Schülerin oder Schüler sich durch die SAP verbessere, sahen die Mitglieder des Petitionsausschusses keine Grundlage für die Beibehaltung eines solchen Verfahrens.

Erfolg der Petition

Auch das Bildungsministerium kündigte an, die Schulischen Abschlussprüfungen zu reformieren, da von allen Beteiligten Reformbedarf angezeigt worden sei. Die genaue Ausgestaltung sollte zwar unter Anhörung aller Beteiligten erfolgen, doch im Kern die SAP durch eine Abschließende Leistungsfeststellung (ALF) ersetzt werden. Die Petentinnen und Petenten kritisierten

aber zu Recht, dass das Problem nicht gelöst werde, wenn es nach der Reform trotzdem Abschlussprüfung für alle Schülerinnen und Schüler gebe. Nach Mitteilung des Bildungsministeriums, habe man mittlerweile auch vom Plan der Einführung einer Abschließenden Leistungsfeststellung Abstand genommen. Thüringen geht jetzt nun doch keinen Sonderweg mehr und schafft die Schulischen Abschlussprüfungen bereits für das Schuljahr 2023/2024 ersatzlos ab. Damit konnten sich die Auszubildenden mit ihren nachvollziehbaren und vernünftigen Argumenten gegen die Prüfungen durchsetzen. Die Petition wird voraussichtlich in einer der nächsten Sitzungen des Petitionsausschusses erneut aufgerufen. Mit der Abschaffung der SAP könnte sie mit Erfolg abgeschlossen werden. Damit zeigt sich einmal mehr, dass es sich lohnt, sich an den Petitionsausschuss zu wenden und sich für konkrete Verbesserungen und Veränderungen einzusetzen, sei es im Bildungswesen oder anderswo.



Mehr zum Thema Petitionen finden Sie auf:
www.die-linke-thl.de/aktuelles/ressorts/petitionen/



Daniel Reinhardt und Karola Stange vor der Schule der Petent:innen

Die Schülerinnen und Schüler der Sebastian-Lucius-Schule in Erfurt reichten die erfolgreiche Petition ein

„Es müssen alle rechtlichen Mittel gegen extrem rechte Parteien eingesetzt werden“

König Preuss zur Recherche von „Correctiv“

Zu der Veröffentlichung der Recherche-redaktion „Correctiv“, das über ein Geheimtreffen berichtet, wo sich AfD-Vertreter:innen zusammen mit Neonazis und finanzstarken Unternehmer:innen über Pläne zur Abschiebung von Millionen Menschen – auch mit deutscher Staatsangehörigkeit – aus Deutschland verständigten, erklärt Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Niemand kann mehr sagen, er oder sie hätte es nicht gewusst. Höcke, der Vorsitzende der Thüringer AfD fordert bereits seit Jahren ‚ein groß angelegtes Remigrationsprojekt‘, welches eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘ notwendig mache und nun bei dem Geheimtreffen konkretere Formen annahm.“

Nicht nur Höcke, die AfD in ihrer Gesamtheit ist als eine faschistische Partei zu betrachten, die Säuberungen plant, die demokratische Institutionen nutzt, um sie abzuschaffen. Damit stellt sie eine enorm hohe konkrete Gefahr für Millionen Menschen dar. Dass staatliche Institutionen wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen, anstatt die zur Verfügung stehenden demokratischen Instrumente zu nutzen, um wirksam gegen diese faschistische Partei vorzugehen, ist entsetzlich.“ Gemessen an den in Karlsruhe definierten Entscheidungs- und Beurteilungskriterien im NPD-Verbotsverfahren wird deutlich, dass, die AfD gegen die Menschenwürde, das Demokratieprinzip und den Rechtsstaat ankämpft, mit dem schwerwiegenden und entscheidenden Unterschied, dass anders als im gescheiterten NPD-Verbotsverfahren, bei der AfD Tatsachen vorliegen, die die ‚Möglichkeit eines Erreichens ihrer verfassungsfeindlichen Ziele‘ zu begründen



in der Lage sind. Deren Mangel im NPD-Verbotsverfahren war für das für Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe letztendlich der ausschlaggebende Grund, die NPD nicht zu verbieten.

Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung als die zuständigen Verfassungsorgane stehen in der Pflicht, einen solchen Antrag vorzubereiten und dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen. „Ein Verbot der AfD kann helfen, ihr staatliche Mittel zu entziehen, welche sie nutzt, um bspw. in Thüringen nationalistische, rassistische und antisemitische Stimmungen zu schüren

und die Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Ein Parteienverbot beendet jedoch keine rassistischen, antisemitischen und auf Ausgrenzung hinauslaufende Einstellungen und daraus folgende Taten. Wirksamer als ein alleiniges Verbot ist daher in erster Linie, dass wir alle, Gesellschaft, Parlamente, Verwaltung und Medien unserer Verantwortung gerecht werden, diese Einstellungen nicht zu befördern, sondern ihnen durch aktives Tun entgegenzuwirken“, erklärt die Abgeordnete. „Wir müssen uns bewusst sein, dass diese Säuberungs-Pläne immer auch mit ein-

kalkulieren, dass sich die als „Vorfeld“ der AfD verklausulierten Schlägerbanden zu Gewalttaten legitimiert sehen. 2023 wurde ein Höchststand an rechter und rassistischer Gewalt in Thüringen festgestellt. Diese Gewalttaten sind die gewollte Begleitmusik zu den Plänen der AfD. Die Recherchen von „Correctiv“ zeigen wie wichtig kritischer, investigativer Journalismus ist und machen uns allen deutlich, wie notwendig es ist, sich lokal zu vernetzen, um Strukturen zum Schutz der Menschen vor der AfD und den Säuberungs-Plänen ihres Umfeldes aufzubauen.“

Verbot von Windkraft im Wald gefährdet Thüringer Wirtschaft dauerhaft

Zu Beschluss von CDU, FDP und AfD im Plenum des Thüringer Landtages

„Trotz eindringlicher Appelle der Thüringer Wirtschaft für die Nutzung von Windenergie im Wald haben CDU, FDP und AfD diese im Plenum per Gesetz verboten. Damit gefährden sie nicht nur das Klima, viele Industrie-Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und den ländlichen Raum, sondern missachten obendrein die Verfassung“, äußert sich Markus Gleichmann, klima- und energiepolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Obwohl die Verfassungskonformität mehr als zweifelhaft ist, haben CDU, FDP und AfD gemeinsam eine entsprechende Gesetzesänderung der FDP gemeinsam verabschiedet. Das Bundesverfassungsgericht hat den Ausschluss von Windenergie im Wald als verfassungswidrig eingestuft. Der Gesetzent-

wurf der FDP wirkt durch das Ausschließen von landwirtschaftlichen Flächen als Ausgleichflächen wie ein faktisches Verbot und ist daher höchstwahrscheinlich verfassungswidrig. Darauf hat auch der Wissenschaftliche Dienst des Landtages explizit hingewiesen. Außerdem ist die Gesetzgebungskompetenz des Landtags fragwürdig. Somit entsteht ein hohes verfassungsrechtliches Risiko. Der Wissenschaftliche Dienst riet daher dringend an, das Gesetz unter Hinzuziehen von externem Sachverstand im Ausschuss zu beraten und auf Verfassungskonformität zu prüfen. Die Landtagspräsidentin hat das Gesetz bisher noch nicht unterzeichnet.

Die ganze Rede vom 8. Dezember ist im Videomitschnitt nachzusehen.



Flughafen Erfurt-Weimar zeigt Potenziale



Arbeitskreisbesuch im Flughafen Erfurt-Weimar

Erfurts Flughafenchef Prof. Gerd Stöwer begrüßte beim Besuch des Arbeitskreises Wirtschaft und Infrastruktur die Abgeordneten und Mitarbeitenden der Fraktion DIE LINKE direkt am „Flughafen Erfurt-Weimar“ vor Ort.

Bereits 2020, in der Corona-Pandemie, hatten sich die Abgeordneten Dr. Gudrun Lukin, Andreas Schubert und Knut Korschewsky umfassend über die Entwicklungen informiert. Regionale Flughäfen standen zu dieser Zeit besonders in der Kritik, da die Fluggastzahlen einbrachen und hohe finanzielle Verluste entstanden waren. Nachdem 2020 der Passagierverkehr fast vollständig zum Erliegen kam, war für Prof. Gerd Stöwer der Arbeitsauftrag ganz klar, wie er den Abgeordneten berichtete: den Flughafen Erfurt-Weimar aus der Krise führen und Überleben. Nach fast vier Jahren kann sich das Ergebnis sehen lassen, wie er findet. Mit wichtigen Ersatzgeschäften beispielsweise Sonderfrachten in der Corona-Pandemie, Parkierung von Flugzeugen und dem Ausbau vom Flugzeugwartungsbetrieb kann der Flughafen Erfurt-Weimar punkten. Am Standort sind ungefähr 350 Mitarbeitende beschäftigt und es ist davon auszugehen, dass fast 2000 Arbeitsplätze in der Region indirekt mit dem Flughafen zusammenhängen.

Kritisch sehen die Abgeordneten die hohen jährlichen Zuwendungen des Freistaates. Stöwer und sein Team erklärten den Teilnehmenden die finanziellen Gegebenheiten, nämlich, dass die Zuwendungen von 2024 mit 5.300.000 Euro im Jahr 2027 auf 2.650.000 Euro abschmelzen. Zudem wird den Abgeordneten und Mitarbeitenden erklärt, welche Bedeutung dem Flughafen Erfurt-Weimar als internationalem Verkehrsflughafen zugewiesen wird. Medizinische Produkte und deren Verteilung sowie Ambulanzflüge spielen eine große Rolle. Vielen Menschen werde erst in Notfallszenarien und -zeiten verdeutlicht, wie viel Wert ein internationaler Flughafen in Krisenzeiten haben kann. Für das Jahr 2024 wird ein starkes Passagierwachstum auf 180.000 Fluggäste erwartet, begleitet von einer neuen Kooperation mit Eurowings nach Palma de Mallorca. An die alten Zeiten mit fast 280.000 Passagieren im Jahr 2017 kann der

Flughafen noch nicht wieder anschließen. Aus infrastruktureller Perspektive wäre dies kein Problem. Es besteht also noch Luft nach oben. Während des Besuchs duften die Abgeordneten und Mitarbeitende auch die Hallen mit den neuen Flughafenlöschfahrzeugen kennen und erleben lernen. Mit einer beeindruckenden Demonstration wie das Löschen von Bränden funktioniert, wurde deutlich, was die Sonderfahrzeuge alles können. Bei der Besichtigung des Hangars 901, also der Flughafenwerft, konnten Abgeordnete und Mitarbeitende beobachten, wie drei Maschinen der Fluggesellschaft EasyJet umfangreich gewartet wurden. Neben EasyJet werden auch Unternehmen wie Condor und Ryanair mit ihren Flotten wieder fit gemacht, um Passagiere sicher in den Urlaub zu bringen. Etwa alle zwei Jahre müssen Fluggesellschaften dafür sorgen, dass ihre Maschinen umfangreich gewartet und durchgecheckt werden. In den letzten drei Jahren hat sich die Zahl der Beschäftigten vor Ort verdreifacht. In der Hauptreisezeit sind 85 Mitarbeitende fest angestellt und in der Wintersaison werden aufgrund der hohen Auslastung bis zu 140-160 Mitarbeitende aus ganz Europa beschäftigt. Die Wartung von 250 Flugzeugen pro Jahr allein für EasyJet ist eine beachtliche Leistung, wie die Mitarbeitenden stolz berichteten. Gleichzeitig steht die Branche vor einem ernstem Problem: dem Arbeitskräftemangel. Dabei handelt es sich nicht nur um einen Mangel an Fachkräften, sondern die Internationalität der Branche führt zu einem starken Wettbewerb um die besten Fachkräfte. Die lange Ausbildungszeit verschärft die Situation zusätzlich. Um die Erweiterung der Zusammenarbeit mit EasyJet zu ermöglichen, bräuchte es nicht nur einen neuen Hangar, sondern mehr qualifizierte Beschäftigte. Deshalb würden die Mitarbeitenden vor Ort auch gern ausbilden, um langfristig mehr Fachkräfte für den Standort zu gewinnen.

Die Besucher:innen der Fraktion bedankten sich erneut bei Prof. Stöwer und seinem Team für die Möglichkeit des Gesprächs und des intensiven Einblicks vor Ort. Bereits auf der Internationalen Tourismusbörse im März in Berlin stehen weitere Gespräche an.



Kommende Veranstaltungen

Der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

THÜRINGEN



**ÜBERALL
GLEICH GUT.**





ILMENAU — 21.02.2024

WOHNEN. Überall gleich gut.

- **Infostand der Fraktion DIE LINKE**
9:00 bis 12:00 Uhr – Wetzlaer Platz
- **Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE**
15:00 bis 17:30 Uhr – Parkcafé



Fraktion im
Thüringer Landtag

www.gleichgut.de
gleichgut@die-linke-thl.de
[#gleichgut](https://twitter.com/gleichgut)

„Wohnen. Überall gleich gut.“

Einladung zur öffentlichen Fraktionssitzung

Wir möchten mit Ihnen gemeinsam über die Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Land mit qualitativ hochwertigem Wohnraum diskutieren. Um erfolgreich den Herausforderungen der demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen Thüringens begegnen zu können, ist Neubau allerdings nicht die einzige Lösung. Stattdessen muss das Potenzial der zahlreichen bestehenden und leer stehenden Gebäude genutzt werden, um Gemeindekerne zu schützen und Ressourcen zu schonen.

Vereins vor und präsentiert an anschaulichen Beispielen die positiven Wirkungen von Gebäudeum- und -wiedernutzungen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion werden die Referent:innen sowie Christian Schaft, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag für den Ilmkreis, Themen wie Beseitigung von Leerstand, die Bedeutung sozialer Infrastruktur im ländlichen Raum und vieles mehr diskutieren und sich Ihren Fragen stellen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und bitten um Rückmeldung bis zum 09. Februar 2024 per Mail an:
gleichgut@die-linke-thl.de.

Eingeleitet wird die Veranstaltung durch drei Impulsvorträge:

Susanna Karawanskij, Thüringer Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, stellt die bisherigen Erfolge für den Wohnungsbau in Thüringen vor und erläutert die Ausgestaltungsmöglichkeiten eines landeseigenen Wohnungsbaus.

2. Referent:in wird zeitnah benannt.

Katrin Hitziggrad, Vorstandsmitglied des LeerGut-Agentinnen & -Agenten e. V. stellt die Arbeit des



Mehr Informationen zur Kampagne finden Sie unter www.gleichgut.de

Ein Jahr Bürgergeld – eine erste Zwischenbilanz

Einladung zur Veranstaltung

Seit dem 1. Januar 2023 hat das Bürgergeld Hartz IV abgelöst. Die Bürgergeldreform blieb dabei weit hinter den Erwartungen zurück. Die Einführung der Bürgergeldreform wurde durch die Bundesregierung als eine Überwindung von Hartz IV angepriesen, doch bereits mit der Einführung wurde uns als Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag klar: In vielen Punkten bleibt das alte „System“ Hartz IV erhalten und wird lediglich mit einem neuen Etikett versehen. Die aktuelle gesellschaftliche Debatte, aufgenommen durch das Bundesarbeitsministerium, erwägt momentan sogar eine Vollsanktionierung von Bürgergeldempfänger:innen. Dies übertrifft sogar das alte,

von einer rigiden Sanktionspraxis geleitete Hartz IV System. Gut ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Bürgergeldreform möchten wir als Linksfraktion die erste Bilanz zum Bürgergeld ziehen. Deshalb möchten wir Sie herzlich zur Veranstaltung „Die Bürgergeldreform - erste Erfahrungen und mögliche Fallstricke“ am 23. Februar ab 17 Uhr bis 19 Uhr in das Haus Dacheröden, Anger 37 in 99084 Erfurt einladen. Als Gast dürfen wir hierbei Harald Thomé begrüßen, einen Experten für Arbeitslosen- und Sozialrecht in Deutschland.

Wenn Sie an der Veranstaltung teilnehmen möchten, bitten wir um eine kurze Anmeldung per Mail an Kreke@die-linke-thl.de.



Foto: Regine Blazevic

Impressum
 Herausgeberin:
 Fraktion DIE LINKE, im
 Thüringer Landtag
 Jürgen-Fuchs-Straße 1,
 99096 Erfurt
 Redaktion: Lisa Hilpert
 V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
 Telefon: 0361 377-2620
 Mail: weichler@die-linke-thl.de
 Web: www.die-linke-thl.de
 Redaktionsschluss: 18. Januar
 2024